



## ANMERKUNGEN ZUM WIRKLICHEN PROBLEM IM AUFGEBAUSCHTEN

### POLITSKANDAL

# Gegen Glyphosat, für offene Grenzen – unlogisch!

Von WOLFGANG HÜBNER | Im – wie es immer so schön heißt – „politischen Berlin“ herrscht derzeit zusätzliche Aufregung. Denn ein geschäftsführender Landwirtschaftsminister der CSU hat in Brüssel entschieden, der Verlängerung des Gebrauchs von Glyphosat, einem weithin gebrauchten, aber unter den Verdacht der Gesundheitsschädigung geratenen Unkrautvernichtungsmittel, in der EU zuzustimmen. Damit hat er eine geschäftsführende SPD-Umweltministerin ignoriert, die gegen diese Zustimmung war. Und nun hat sich der CSU-Mann auch noch eine Rüge der geschäftsführenden CDU-Kanzlerin zugezogen. Doch bald schon wird all das vergessen sein, denn CDU/CSU und SPD werden wohl demnächst wieder im Koalitionsbett kuscheln.

Ein Aspekt, nämlich das wirkliche Problem in dem maßlos aufgeblasenen Politskandal, findet allerdings überhaupt keine Beachtung. Nämlich die Bedeutung von Glyphosat für die Intensivlandwirtschaft in der EU und damit auch in Deutschland. Lesen wir also mal Wikipedia:

*Eine 2014 veröffentlichte Studie untersuchte die Folgen eines*

*möglichen Verbots von Glyphosat für die Saatbettbehandlung bei Wintergetreide und Raps in der EU-25. Landwirte würden bei einem Wegfall von Glyphosat ihre Unkrautbekämpfung vermehrt auf mechanische Behandlung und selektive Herbizide umstellen. Ohne signifikante Anpassungen und Innovationen im Anbau würden sie hohe Ertragsverluste erleiden, die sich auf bis zu 14,5 Millionen Tonnen in der EU-25 summieren könnten. Um trotz geringerer Erträge das vorherige Produktionsniveau zu erhalten, müsste die Anbaufläche um bis zu 2,4 Millionen Hektar ausgedehnt werden. Eine solche Ausdehnung würde steigende Treibhausgasemissionen nach sich ziehen. Alternativ könnten mehr Agrarerzeugnisse von außerhalb der EU importiert werden.*

Dazu sollte man wissen, dass die Bevölkerung in Deutschland noch in der EU längst nicht mehr von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ernährt werden kann, die innerhalb Deutschlands und der EU angebaut und geerntet werden. Wer auf Glyphosat verzichten will, wofür es durchaus gute Gründe gibt, muss wissen und auch sagen, dass die Folgen bedeutsam, ja dramatisch für die Nahrungsversorgung und deren Kaufpreise für Hunderte Millionen Menschen in Europa sind. Und ganz besonders dazu verpflichtet sind all jene, die Einwanderung und offene Grenzen für die asiatische und afrikanische Überschussbevölkerung propagieren oder hinnehmen.

In Deutschland lehnen die Grünen (lautstark) und die SPD (etwas leiser) den weiteren Einsatz von Glyphosat ab. Das können sie auch unbesorgt tun, denn die Entscheidung in Brüssel wäre auch gegen die deutsche Stimme für die Verlängerung ausgefallen. Doch diese übliche politische Heuchelei mal beiseitegelassen: Gerade Grüne und SPD sind doch die Parteien, die für weitere Einwanderung, Familiennachzug und unverändertes Asylrecht eintreten. Wären sie wirklich glaubwürdig gegen den Einsatz von Glyphosat, dann müssten sie nicht nur entschieden gegen die immer weitere Vermehrung der Bevölkerungszahl in Deutschland sein, sondern sich sogar über

jede Verminderung dieser Zahl freuen.

Denn es ist ja ganz einfach: Je weniger Menschen Nahrungsmittel verbrauchen, umso weniger muss die Landwirtschaft mit Chemie intensiviert werden und umso weniger muss exportiert werden, was auch eine große und zunehmende Abhängigkeit darstellt. Doch sowohl bei Grünen als auch bei der SPD rangiert Ideologie noch allemal vor Logik. Deshalb geht es in dem aktuellen Politskandal lediglich um ein Machtspielchen mit schriller grüner Begleitmusik, in der aber auch jeder Ton falsch ist. Wer mit guten Gründen Glyphosat ablehnt, der kann nicht ernsthaft für offene Grenzen und Masseneinwanderung sein. Das ist keine Frage der Weltanschauung, sondern der Logik.

---



Hübner auf  
der Buch-  
messe 2017  
in  
Frankfurt.

*[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.*